

Die Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, ...

Zeitung

Sechshundertfünfundvierzigster Jahrgang.

Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., ...

Nr. 206.

Halle, Mittwoch, den 4. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Londoner Entscheidung fällt erst heute

Die Alliierten sind wieder einmal einig — Kabinettsitzung in Berlin — Neues deutsches Angebot an die Alliierten? Ernste Lage im oberschlesischen Aufstandsgebiet.

Die Erdrosselung Deutschlands.

Die Entente-Staatsmänner in London sind auch gestern mit ihren Berichten noch nicht zu Ende gekommen. Nach einem alten Sprichwort möge also aus den lange währenden Verhandlungen für alle Teile etwas Gutes herauskommen. ...

und Sicherheiten festzugesetzt, die die Reparationskommission Deutschland innerhalb 4 Wochen zugesetzt wird. Die genaue Darstellung, die Herrns hierüber gegeben hat, ...

Englische Kritik.

Der Londoner Berichterstatter des „Times“ meldet: Die englischen Minister haben den Plan der Kommission betreffs der deutschen Zolleinnahmen kritisiert und auch Bedenken hinsichtlich der Überführung des Metallschatzes der deutschen Reichsbank geäußert. ...

Die Pläne Jochs.

Der von Marshall Joch für die Belegung des Ruhrgebiets entworfene Plan wurde gestern den „Times“ zufolge geprüft und vom Obersten Rat angenommen. Auf die Frage Lord Georges, ob es möglich sei, die alliierte Belegungssphäre über die Ruhr hinaus auszuweiten, ...

Die Dienstag-Konferenzen in London.

Neuer meldet: Der Oberste Rat kam gestern nach fünfjähriger Sitzung zu einer vorläufigen Beschlusnahme über den Inhalt der Verhandlungen über den Westfälischen Problem. ...

Ipäckens am 12. Mai antworten.

Deutschland muß jährlich 100 Millionen Pfund Sterling bezahlen und außerdem eine Abgabe von 25 Prozent von der deutschen Staatsbahn. ...

Der angebliche 12 Milliarden-Rückstand.

Nach einer Hauskommunikation hat die Reparationskommission am 3. Mai an die Kriegskolonienkommission einen Brief geschrieben, in dem darauf hingewiesen wird, daß die deutsche Regierung ihre aus Artikel 235 des Vertrages von Versailles erwachsende Verpflichtung zur Zahlung von 20 Milliarden Goldmark nicht erfüllt habe. ...

Seute findet

eine neue Kabinettsitzung in Berlin

statt. Die mehrere Blätter mitteilen, sollen dazu die Führer der Regierungsparteien eingeladen sein. ...

ein neues deutsches Angebot an die Alliierten

von Berlin an den deutschen Volkshäuser in Paris zur Übermittlung an die Reparationskommission gebracht worden sei. Das neue deutsche Angebot werde sofort geprüft werden.

Die Einzelheiten seien noch nicht genau durchgeklärt, man glaube aber, daß das Angebot an eine Annahme der in Paris Ende Januar gefassten Beschlüsse heranreicht. ...

Amerikanischer Widerstand gegen Versailles.

„Morning Post“ meldet aus Washington, daß der Senator Mac Cormick den Versailles-Friedensvertrag heftig angreift und erklärte, dieser Vertrag werde niemals vom Senate ratifiziert, ...

Die polnische Aufstandsbewegung

ergibt nach den bis gestern abend vorliegenden Meldungen folgenden Bild: Die Ausschüsse der Zentralregierung und des Sibirienrats in den Händen der bewaffneten polnischen Aufständischen. ...

hören geliebt. Der private Fernpredorber ist vielerorts unterlag. Aus der Umgebung der größeren Städte kamen den ganzen Vormittag über zahlreiche deutsche Flüchtlinge an. Die deutschen Viehhändlerkommissionen haben sich ihre Unterbringung und Verpflegung. Bei dem um 1 Uhr nachts begonnenen 300er Stunden dauernden Feuergefecht, wurden etwa 300 Russen und den im Detachmenten Apocamenten in Kiewow durch ein Vollzeiteinsatz erschossen. Die Apocamenten wurden vollständig über die Macht hinweg und wurden entlassen. In Berlin sind die Mittagsblätter heute in kleinem Umfang erschienen. Die Blätter meiden

**eine Reihe polnischer Blüthen**  
In oberirdischen Aufständen. In Antonienhütte im Kreis Kattow wurde das Polizeikommando, das sich gegen die polnischen Anführer richtete, da ihm die Munition ausging, von den Polen bis auf den letzten Mann niedergemacht. 18 Polizeibeamte wurden erschlagen und vier Leichen grauam verbrannt.

In Karf bei Beuthen sind gleichfalls mehrere Tote und Schwerverwundete zu verzeichnen. Aus Schieron wurden schwere Kämpfe und Mordaktionen gemeldet. In Blotkin, wo sich das Hauptquartier der polnischen Aufständigen befindet, wurde der dortige deutsche Kommandant mit seinem Stab durch die von den Polen erschossen. In Zaradzi wurden 30 Kattow von den Polen überfallen und entwischt.

In Krete Pich und in Teilen des Kreises Kattow haben die Polen infolge des energischen Vorgehens der italienischen Besatzungstruppen eine völlige Niederlage erlitten. Stadt- und Landkreise sind mit Ausnahme einzelner Ortschaften von den Anführern geräumt. Der Kommandant der italienischen Truppen, ein Major, ist bei den schweren Kämpfen mit den Polen durch einen Brustschuß tödlich verletzt worden.

Nach einer Meldung der „Tagl. Rundschau“ befinden sich drei Kompagnien Italiener, die die Stadt Groß-Strehlitz besetzt halten, in äußerst bedrückter Lage, da große Munitionsmengen, die die Stadt umgeben haben, einen konzentrischen Angriff auf Groß-Strehlitz planen. Die Italiener haben die äußersten Vorbereitungen getroffen, um sich bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. — Nach einer weiteren Nachricht hat sich der polnische Aufstand

welter nach Norden ausgedehnt. In Kattow seien Telegramme eingelaufen, daß sich die östlichen Bezirke der Kreise Lublitz, Kolbenberg und Kreuzburg in den Händen der Polen befinden. Die Polen hätten die Hoffnung geäußert, daß sie bis Ende der Woche das ganze oberschlesische Gebiet besetzt haben würden. Nach den letzten aus Breslau eingetroffenen Nachrichten war in Beuthen und Kattow um die Mittagsstunde eine Entspannung

zu verzeichnen. Die polnischen Aufständigen haben die beiden Städte verlassen. In Kattow wird es zu einem Kampf zwischen den kriegsmächtigen Besatzungstruppen und polnischen Anführern kommen. Letzteren wurden 800 Gewehre abgenommen. Der getriebene Streik ist nun in allen Bezirken allgemein und beschränkt sich nicht nur auf den Grubenbezirk.

**Die interalliierte Kommission**  
erläßt folgende Bekanntmachung:  
Von gewissen Elementen der polnischen Bevölkerung Ober-Schlesiens sind Gewalttaten verübt worden. Die Ordnung in einer Anzahl von Kreisen des Bestimmungengebietes ist schwer gefährdet worden. Die interalliierte Regierungskommission, seit Entlassen, in tätiger Frist die Wiederherstellung der Ordnung zu sichern, hat den Besatzungstruppen auf der vom Aufstand betroffenen Kreise verhängt. Die interalliierte Regierungskommission wird vor seinem Mittel zurücktreten, um die Achtung vor dem Gesetz wiederherzustellen.  
Oppeln, 3. Mai 1921.  
Mertin. Vercaal. Ponsot.

**Die Partei der agents provocateurs.**  
Der kommunistische Wortführer Krotke kets von dieser Bezeichnung der Krotke. Nun hat schon der frühere Krotke, der K. R. P. D., Paul Kott, in seiner Broschüre nachgewiesen, daß man mit dem letzten Kommunistenstand von

leiten der kommunistischen Zentrale die Zentrale des „Agents“ offen angewandt hat. In Veins Jettirich erzählt jetzt der der Kommunist Dimeel folgendes: „In einer der Zentralen ausführung am 17. März folgenden Redateurkonferenz erklärte ein Mitglied der Zentrale noch einmal sehr drastisch die Art, in der man — etwa durch Straßendemonstrationen, in Verbindung mit der Beschuldigung der parlamentarischen Beamte — die als Fortsetzung der Aktion notwendigen Taten ausführen lassen.“ — Es sollten also Straßenkämpfe direkt provoziert werden, um zunächst Arbeiterbund zum Streik zu bringen. Nur so glaubte man die nötige Unterstützung in den Arbeiterkreisen schaffen zu können, um weitere Arbeiter in den Kampf zu bringen. Es wiesenlos ist wohl noch nie mit dem Gedanken des „Kommunisten“ gespielt worden, wie hier von den Kommunisten. Der Krotke ist eine traurige Einzelerscheinung, hier aber proklamiert eine Partei als Partei der Krotke, aber wie sie diese Elemente zu nennen pflegt: der agents provocateurs.

**Die Beamtenfeindlichkeit der Sozialdemokratie**  
In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages wieder einmal im heißen Licht. Bei den Verhandlungen über den Nachtragsetz war namentlich auch von demokratischer Seite verlangt, daß entgegen dem Beschluß des Plenums wenigstens bei jeder Gelegenheit die grundlegende Frage des Besoldungsrechtes: Eintragung der Beamten, besprochen werden solle. Der Sozialdemokrat noch Widerspruch namens seiner Partei; daselbst ist es gegenüber einer weiteren demokratischen Vorlesung, wenigstens die Streichung der Ergänzungsprüfung vorzunehmen. Die Unabhängige Frau Warm bemängelte, daß den verletzten Beamten für getrennte Haushaltsführung Entschädigungen gewährt werden. Das gefähre für Privatbeamtet auch nicht. Sie mußte sich von dem Demokraten Dinius lassen, daß das ein Unterliegendes behände; der Beamte würde gegen seinen Willen verlegt und bei der großen Wohnungsverhältnisse sei eine Ueberhebung der Familie unmöglich. Beim letzten Arbeiter sei ein Diswechsel nötig in seine Verhältnisse. Staatsratgeber erhielten dieselben Entschädigungen wie die Beamten. Beim Ende des Reichsbeamtentages stumme Frau Dinius, ob der Abbau der erheblich angeschwollenen Zahl der Angestellten begonnen worden sei. Ein Regierungsrat erklärte, daß die Zahl seit Oktober um 4-5000 zurückgegangen sei. Beim Ende des Reichsfinanzministeriums wird eine sehr große Zahl neuer Beamtenstellen gefordert. Dinius fragte darüber, daß die überzähligen Beamten anderer Verwaltungen, namentlich auch der Post und Eisenbahn, nicht übernommen würden. Man stelle dagegen neue Beamte ein, die vielfach den Anforderungen keineswegs genügen. Außerdem sei es notwendig, die bei den Gemeinden durch Uebernahme der Steuerverwaltung überflüssig gewordenen Beamten gleichfalls zu übernehmen, anstatt neue einzustellen. Der Regierungsrat erklärte, daß eine Anzahl der neu eingestellten Beamten nicht voll genügt und verhofft, den Anträgen des demokratischen Abgeordneten Folge zu leisten. Ein rein agitatorischer Antrag der Unabhängigen, die Beiträge zur Unterhaltung des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm, des Niederwalddenkmals, des Denkmals für Kaiser Friedrich und des Bismarckdenkmals zu streichen, wurde gegen ihre Stimmen und die der Kommunisten abgelehnt.

**Einkommensteuer und Reichsnotopfer.**  
Im Steuerauschuß des Reichstages wurde gestern zunächst ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der den Städten und Gemeinden einen Betrag von 100 Millionen für die Einkommensteuer nach dem 21. März 21 trifft. Das Reich konnte eine rechtliche Verpflichtung dazu nicht anerkennen, für entgangene Einnahmen infolge des Fortfalls der Besteuerung des Jogen. Einkommens würden die Gemeinden Ersatz bei Vorelegung der Kasse zum Landessteuererzehl erhalten. Demeistern Schicksal der Unterhaltung dieser sozialdemokratischer Antrag, nach dem die Steuerauschuß durch Dinsung von Lohn- und Gehaltsempfänger in einem ihrer Zahl und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Maße erhöht werden sollte. Ungenommen wurde

dagegen ein Antrag der Unabhängigen, dem die Regierungspartei beitraten, der vorliege, daß die von den Finanzbehörden zu ernennenden Mitglieder des Steuerauschußes unter Berücksichtigung des Standes und Berufs der Steuerpflichtigen gewählt werden sollten. Dagegen waren die Beratungen über das Einkommensteuergesetz abgeschlossen, man konnte mit der Beratung über den Rest des Reichsnoteopfergesetzes beginnen. Bevor jedoch in die Erörterung selbst eingetreten wurde, wurden Beschlüsse über die Durchführung des bestehenden Reichsnoteopfergesetzes vorgebracht, sie bezogen sich, ähnlich wie beim Einkommensteuergesetz auf die Vorelegung der Grundstücke, die Eintragung der Jofert zu zahlenden Barbeiträge und die Annahme von Kriegsanleihen. Dabei stellte der Sozialdemokrat Keil in Aussicht, daß er einen Antrag einbringen würde, daß auch für die Einkommensteuer Kriegsanleihen zum Kurswert angenommen werden müßten. Mit Keil erklärte der Staatsrat Schaps eine solche Zahlungsart für völlig unannehmbar.

**Unterzeichnung des Tubantia-Abkommens**  
Der niederländische 14 000 Tonnen-Bahlgedampfer Tubantia sank nach einer Explosion am 18. März 1916 beim Delftsecht Nord-Sinder nicht weit von der niederländischen Küste. Die deutsche und die niederländische Regierung kamen schon im Jahre 1917 überein, nach Beendigung des Krieges eine internationale Untersuchungskommission im Sinne der Bestimmungen des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 mit der Unterlegung der Angelegenheit zu beauftragen. Ein diesbezügliches Untersuchungsabkommen mit den Niederlanden ist nunmehr unterzeichnet worden. Als Mitglieder der Untersuchungskommission, deren Aufgabe in der Feststellung der Ursache des Unterganges der Tubantia besteht, hat die schweizerische Regierung sich bereit erklärt, einen Juristen als Vorsitzenden, die deutsche und schweizerische Regierung je einen Marineoffizier als Mitglieder zu ernennen. Zwei weitere Mitglieder werden von der deutschen und der niederländischen Regierung ernannt werden. Die Kommission wird ihre Sitzungen im Haag aufnehmen.

**Der Kampf gegen die Wahrheit.**  
Je mehr der „Vorwärts“ gegen die preussische Regierung ankämpft, um so toller gerät er ins Wagnisweben. Seiner Behauptung, daß die Entlassung der Beamte in den preussischen Ministerien schon von dem früheren Kabinett beschlossen worden ist, hielt das Handelsministerium der Wortlaut des Protokolls gegenüber. Der V. hauptung des „Vorwärts“, daß der Handelsminister Fritsch dem Beschlusse über die Beamte widersprochen habe, hielt die Tatsache entgegen, daß Minister Fritsch an jener Sitzung gar nicht teilgenommen hat, weil er zur Eröffnung der Leipziger Wesse abwesend war. Natürlich war aber auch Minister Fritsch an die Beschlüsse des Staatsministeriums gebunden. Er wollte sogar, als der Landtag die vorläufige Weiterbeschäftigung der parlamentarischen Staatssekretäre am 10. März beschloß, diesen Beschlusse hinweggehen auch auf die Beamte ausdehnen. Dem ist aber der sozialistische Finanzminister Widemann entgegengetreten. Einen „Straßen-König“ hat der V. gar nicht erlangt. Der Minister Fritsch hat Herrn Seitzing lediglich die sich aus dem Beschlusse des früheren Staatsministeriums ergebenden Tatsachen mitgeteilt. Aus dem Schreiben unter dem Titel „Vorwärts“ jagt der V. den Minister Fritsch die Wahrheit auf der ganzen Linie unterlegen und das sozialistische Zentralorgan sollte sich doch einmal fragen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, den Mitteilungen der Heilmannschen Korrespondenz zu misstrauen, die in so systematischer Weise unrichtige Behauptungen aufstellt.

**Deutsches Reich.**  
Die Regierungsbildung in Preußen. Unter diesem Titel veröffentlicht der Hauptgeschäftsführer der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei, Landtagsabg. Janßen, im Demokratischen Verlag Berlin SW. 11, Bernburger Str. 18 (40 Seiten, Einzelpreis 1.50 M.), eine geschichtliche Darstellung der tragischen Grotete, die zwei Monate lang spielte, ehe endlich die preussische Regierung von 1902 bis 1905 Hilfsarbeiter der Königl. Kommission zur Herausgabe der Werke Martin Luthers zu Berlin gemeldet war, ließ er sich 1905 als Privatdozent an der Universität Berlin nieder, erhielt hier den Ruf zum Professor, wurde 1908 als außerordentlicher Professor nach Königsberg, wo er seit 1914 als ordentlicher Professor wirkte. Hier war er auch Vorsitzender der Königl. Preuss. Deutschen Gesellschaft.  
Zeit 1914 gibt er „Germanische Arbeiten“ heraus, bisher vier Bände. Er ist auch Mitverfasser der großen Weimarer Ausgabe der Werke Martin Luthers, Band 27-29 (1902 bis 1905). Er veröffentlichte außerdem die Sprache der Dichtigen Gedichtsammlungen von 1624 bis 1625. Laute, Flexionen, Betonung (1899); Johann Hilgard, das Glückliche Schiff von Jütich (1901); Der Mälingerer Schwab. Text und Abhandlung (1907); Der Wiener Schwab (1912); Wie studiert man Deutsch? Sprachlehre für Anfänger (1917); Wuchslin (1918); Deutsche Philologie (Wissenschaftliche Forschungsberichte, Geisteswissenschaftliche Reihe 1914-18. 3. Band, 1919); Einführung in das Altdeutsche. Laut- und Flexionslehre (in „Mithras“) Handbuch des deutschen Interdialekts. In diesen Arbeiten Berlin sind ihm zu verdanken: Sammlungen und Paris, ein Gedicht (1899); Weimars, Pantasia quasi una Ionata (1906); Seelenwanderungen. Redellen (1913).  
Professor Bodeker ist in Halle nicht nur Ordinarius für die deutsche Philologie, sondern für das ganze Gebiet der deutschen Sprache und Literatur. Sein Hauptarbeitsgebiet ist allerdings das Altdeutsche.  
Dr. phil. Ferdinand Josef Schneider, ordentlicher Professor der neueren deutschen Literaturgeschichte, ist Deutschböhme, er wurde am 6. Dezember 1879 in Mariaschein geboren. In Leipzig-Erdmann besuchte er das Oberrealschuljahr und studierte dann 1898 bis 1902 an der Deutschen Universität zu Prag, besonders unter Professor August Sauer, wo er auch am 21. November 1902/03 als philologische Doktor wurde erlangte. Nachdem er 1902/03 als Einjährig-Freiwilliger in Prag seine Militärpflicht genügt hatte, beschäftigte ihn die nächsten drei Jahre hauptsächlich literarische und geschichtliche Studien, besonders in Berlin, Südwestdeutschland und England (London). Am 1. März 1907 erhielt er die Erlaubnis zu lehren an der Deutschen Universität zu Prag, wurde hier 1914 Titular- u. o. Professor und 1920 außerordentlicher Professor. Seine besondere Arbeitsgebiete sind Literatur- und Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderts. Im Kriege war er als Oberleutnant in militärischen Diensten.

**Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“.**  
Donnerstag, 5. Mai. Inhalt: Seine Konterpointen. Roman von Fritz Ganser. — Der Freigeist. Gedicht von Eriger. — Affenroman. Eine Scherzbeziehung von Richard Fick. — Das Gedicht. Von A. Kinsky-Halle. — Der Einfluss des Welters auf den menschlichen Körper. Theater im Reich. — Same Zeitung. — Literatur.

**Die neuen Ordinarien der Universität Halle.**  
In die theologische Fakultät ist, wie schon kurz mitgeteilt, neu eingetreten D. theol. h. c. Albrecht Alt, ordentlicher Professor der alttestamentlichen Theologie. Geboren am 20. September 1884 zu Eichlach in Mittelfranken als Sohn des Pfarrers Friedrich Alt, besuchte er die Volksschule zu Eichlach, das Progymnasium zu Weustadt a. b. W. und das Gymnasium zu Ansbach und studierte dann auf Empfehlung in Ansbach die theologische Vorlesungsprüfung und dann zwei Jahre Mitglied des protestantischen Predigerseminars zu München. Aufsteigend war er Anfang 1908 fünf Monate Mitarbeiter des deutschen evangelischen Instituts für Altertumskunde des heiligen Landes zu Jerusalem, wo er auch das ganze Wintersemester 1912/13 nachmalig weilte. Michaelis 1908 wurde er als Inspektor an das theologische Studienhaus zu Greifswald berufen, promovierte hier am 22. Mai 1909 zum Magister der Theologie, erwarb ebenda eine Woche später seine Zulassung als Privatdozent, wurde Ostern 1912 außerordentlicher Professor, daselbst, und Ostern 1914 ordentlicher Professor der alttestamentlichen Theologie und allgemeinen Religionsgeschichte an der Universität Halle, von wo er jetzt nach Halle berufen worden ist. Am 21. Mai 1914 wurde er D. theol. h. c. von Greifswald. Seine besonderen Arbeitsgebiete sind historische Geographie von Palästina und Geschichte Israels. Im Winter 1914/15 war er zuerst im Sanitätsdienst, dann als Oberbeamter bei einer Vermessungsabteilung tätig.  
Außer Vorlesungen zur Palästinaforschung in Fachschriften veröffentlichte Prof. Alt: Israel und Ägypten. Die politischen Beziehungen der Könige von Israel und Juda zu den Ägyptern. Nach den Quellen untersucht (1909); Israelis Götze unter Salomo (1913); Die griechischen Inschriften der Palästina texta (1921).

In die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät trat als ordentlicher Professor des Staatsrechts, Verwaltungsrechts, Kirchenrechts und Völkerrechts ein Dr. jur. Max Fleischermann, geboren am 21. März 1871 in Breslau. Max Fleischermann studierte in Breslau Rechts- und Staatswissenschaft und Geschichte, genoss 1892/93 zugleich militärische Ausbildung, bestand 1894 in Breslau die Referendarprüfung und war als solcher in Carlsruhe (Schlef.), Hirschberg (Schlef.), Briesg und Breslau tätig. Am 15. Juni 1896 erwarb er in Breslau die juristische Doktorwürde, bestand 1899 die Abwehrprüfung und habilitierte sich am 1. Mai 1902 in Halle, wo er seit April 1905 zugleich Vizepräsident wurde und 1908 den Professortitel erhielt. 1906 erhielt er einen Lehrstuhl für Nationalrecht. Zum Wintersemester 1910/11 wurde er zur Verwaltung des Ordinariats für öffentliche Recht nach Königsberg beurlaubt, wurde hier 1911 außerordentlicher und 1915 ordentlicher Professor, und war auch im Nebenamt Dozent an der Handelshochschule.  
Professor Fleischermann ist Mitverfasser der Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht des Königl. Preuss. Rechtsanwalts, seit 1905, und der Zeitschrift für Völkerrecht, seit 1915. Seiner Feder entspringen zahlreiche Aufsätze in juristischen Zeitschriften. Er veröffentlichte u. a. noch: Das pignus in causa jurgatae captum. Eine zivilistische Studie (1896); Das Margarinetz vom 15. 6. 1897 erläutert (1898); Der Weg der Bewegung in Preußen (1898); Völkerrechtsquellen in Auswahl herausgegeben (1905); Stenogloss Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechts. Zweite völlig neugearbeitete und erweiterte Auflage (1909-14, 3 Bände); Das Staatsstrafrecht des Königreichs Norwegen nebst: urkundlichen Beilagen über die Union mit Schweden (1912); Aus der Frühzeit der Bürgerkunde an höheren Schulen. Ein Beitrag zur Geschichte des Rechtsunterrichts (1913); Carlfabren in Erziehungsmethodenverträgen. Grenzen ihres Rechtsinhalts (1917).  
Die philologische Fakultät hat drei neue Mitglieder erhalten. Die Professoren Baefede, Schneider und Frankl.  
Dr. phil. Georg Baefede, ordentlicher Professor der deutschen Sprache und Literatur, ist am 13. Januar 1876 in Braunshweig geboren, studierte nach dem Besuche des Neuen Gymnasiums seiner Vaterstadt in Göttingen, Berlin und Heidelberg germanische und klassische Philologie, promovierte am 13. September 1899 in Göttingen zum Dr. phil. und bestand daselbst auch die Oberlehrerprüfung. Nachdem er